

Konzerne an die Kette

von Sven Giegold

Seltsame Preiskategorien bestimmen den „Public Eye Award 2006“ (www.evb.ch) für unverantwortliche Unternehmen: Chevron gewann in der Kategorie „Umwelt“, die Walt Disney Company bei „Menschen- und Arbeitsrecht“ und die Citigroup in der Disziplin „Steuervermeidung“. Die Liste der in den beiden letzten Jahren nominierten Konzerne liest sich wie ein „Who is Who“ der multinationalen Unternehmen. Die von verschiedenen Nichtregierungsorganisationen eingereichten „Nomminierungsunterlagen“ dokumentieren erschreckende Fälle von Machtmissbrauch und Wirtschaftsverbrechen. Es sind transnationale Unternehmen, die die dreckigsten Geschäfte bestimmen: Sie fördern, raffinieren den Großteil des Öls, Gas und Kohle. Sie betreiben die fossilen und nuklearen Kraftwerke. Sie produzieren und verkaufen die meisten Computer, Autos, Flugzeuge, Pharmaprodukte. Sie dominieren die Märkte für Saatgut und Dünger. Sie lassen das Holz schlagen, um Papier herzustellen. Sie dominieren die Märkte für Rohstoffe wie Diamanten und Edelmetalle. Schließlich, und vielleicht letztlich am wichtigsten: Transnationale Unternehmen organisieren in Handelsketten einen immer größeren Anteil am Warenverkauf an die Endverbraucher.

Von den 100 größten Wirtschaftseinheiten auf der Welt sind inzwischen 50 nicht mehr Nationalstaaten sondern transnationale Konzerne. Über ihre Zulieferketten und Investitionen bestimmen sie, was wo unter welchen Bedingungen produziert und konsumiert wird. Durch Fusionen und Übernahmen werden sie immer größer. Sie sind die wichtigsten Investoren in den über 3.000 Sonderwirtschaftszonen in Entwicklungs- und Schwellenländern, in denen die normale Rechtsordnung der „Standortstaaten“ außer Kraft gesetzt ist. Die meisten dieser Multis haben nach wie vor einen Konzernsitz in einem Industrieland. Dort werden die wichtigsten Entscheidungen gefällt und die Rendite an ihre jeweiligen Aktienbesitzer ausgeschüttet. Für ihre Investitionen und ihre Einkäufe („sourcing“) ist die Erde jedoch zunehmend eine Scheibe. Alles und jeder steht in Wettbewerb miteinander: Zulieferer konkurrieren um Aufträge, verschiedene Produktionsstandorte in dem Unternehmen um Arbeitsplätze, Nationalstaaten und Regionen mit Subventionen und Steuererleichterungen um Investitionen.

Während die Großunternehmen im „Rheinischen Kapitalismus“ und in anderen Sozialstaatsmodellen zumindest auch die Interessen ihrer Beschäftigten und auch ihrer Heimatregionen berücksichtigten, wird das Klima in den Konzernetagen zunehmend rauher. Die Intensität des Wettbewerbs hat sich in vielen Märkten enorm erhöht. Getrieben vom Ziel in der Weltspitze mithalten zu können und die international branchenübliche Rendite erzielen zu können, ist die Idee des Interessensausgleichs an den Rand gedrängt worden. Unternehmen, die bei dieser Verrohung der Sitten nicht mitspielen wollen, unterliegen einer doppelten Drohung: Zum einen können sie von Mitbewerbern auskonkurriert oder in Nischenmärkte abgedrängt werden. In vielen Branchen lassen sich durch Größe und hohe Marktanteile erhebliche Kostenvorteile erzielen, die dann gegen die Konkurrenten nutzbar gemacht werden können. Zum anderen, und das ist vermutlich der wirkungsvollere Mechanismus, droht vor allem bei Unternehmen mit öffentlich gehandelten Unternehmensanteilen die feindliche Übernahme. Konkurrenten oder Investmentfonds bieten den bisherigen Besitzern deutlich mehr als den bisherigen Unternehmenswert, verbunden mit dem Versprechen schlummernde Renditechancen zu heben. Meist verbunden, mit tiefgreifenden sozialen und ökologischen Folgen.

Viele Konzerne haben auf diese und ähnliche Kritiken reagiert. Die meisten Großunternehmen haben ihre Unternehmensberichterstattung um Nachhaltigkeitsberichte ergänzt oder Abteilungen für Unternehmensverantwortung eingerichtet. Die Tiefe, Qualität und Aussagefähigkeit dieser Berichte und Aktivitäten lässt meist zu wünschen übrig. Um die Transparenz von Unternehmen tobt daher eine eigene, global geführte Auseinandersetzung (vgl. z.B.: .

Die grundlegende Auseinandersetzung zwischen transnationalen Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen geht jedoch weiter: Die Konzerne und ihre Lobbyorganisationen insistieren, dass freiwillige Maßnahmen und Vereinbarungen ausreichend sind, um Unternehmen zu ökologischem und sozialem Verhalten zu bringen. Die allermeisten unabhängigen Nichtregierungsorganisationen betonen dagegen, dass Unternehmen, die im Wettbewerb miteinander stehen, selbst bei bestem Willen und optimaler Transparenz, durch Freiwilligkeit alleine soziale und ökologische Ziele nicht ausreichend berücksichtigen werden. Es ist illusorisch zu glauben, Nichtregierungsorganisationen könnten Konzerne durch Öffentlichkeitskampagnen alleine zu sozialem Verhalten bewegen. Zwar sind das Image der Firmen ankratzbar und Markennamen wertvoll. Gleichzeitig jedoch sind die Unternehmen und ihre Aktivitäten zu zahlreich. Die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit ist beschränkt und die Wege der globalen Lieferketten lang und unüberschaubar. Hinzu kommt, dass viele Unternehmen mit EndverbraucherInnen wenig zu tun haben. Diese Unternehmen sind auch durch konzernkritische Kampagnen schwer zu erreichen. Daher führt an verbindlicher Regulierung, die den Wettbewerb der Standards nach unten aufhält und bei Verletzung sozialer und ökologischer Rechte Sanktionen androhen, kein Weg vorbei. Der Globalisierung der Unternehmen und Märkte muss die Globalisierung sozialer

und ökologischer Regeln folgen.

Empfehlenswerte Internetseiten:

www.adbusters.org

www.evb.ch

www.transnationale.org

www.attac.de

www.globalreporting.org/

www.bund.net/lab/reddot2/pdf/foei_position.pdf